



trauen und auch Bitterkeit geäußert wird. Ein orthodoxer Metropolit sagte es einmal so: Eure Sprache verrät euch: *Ost*-Erweiterung, also Hegemonialisierung, Kolonialisierung, Export eurer Vorstellungen. Dass wir eine eigene Geschichte, eine eigene Kultur, vielleicht andere Wertprioritäten haben – das scheint ihr gar nicht wahrzunehmen.

Die beiden Bannsprüche von 1054 wurden im Zuge ökumenischer Annäherung durch eine gemeinsame Erklärung von Patriarch Athenagoras I. von Konstantinopel und Papst Paul VI. am 7. Dezember 1965 „aus dem Gedächtnis der Kirche getilgt“. Dies geschah als erster Schritt in der Hoffnung auf eine Wiederherstellung der *communio* zwischen der römischen und der konstantinopolitanischen Kirche. Gewiss ist der beiderseitige Wille zur Verständigung und zur Einheit groß. Aber es bedarf noch eines langen und geduldigen Weges, auf dem die tiefen Verwundungen zur Sprache kommen und aufgearbeitet werden, um zu einer wirksamen Aussöhnung, zur Wiederherstellung der *communio* und zu gemeinsamem Handeln zu kommen.

Fazit

Fassen wir zusammen: Es gibt also kein „Wesen“ Europas, keine feststehende Liste europäischer Werte und auch keine „Finalität des europäischen Integrationsprozesses“. Europas Fähigkeit zur ständigen Weiterentwicklung und Erneuerung angesichts neuer Herausforderungen war und ist die wichtigste Quelle seiner Identität. Europäische Kultur ist eben nicht ein friedlicher Besitz von jeher, sondern ein ständig neu zu erringendes Gut. Dazu gehört wesentlich die Aufarbeitung und Überwindung der einander zugefügten Gewaltakte. Versöhnung, die uns von Gott in Jesus Christus geschenkt und aufgetragen ist, verlangt Umkehr, also wirkliches Sich-Einlassen aufeinander und auch auf die Verletzungen in der gemeinsamen Geschichte. Versöhnung kann nicht gelingen, wo verdrängt wird, was versöhnungsbedürftig ist. Versöhnung meint, die abgebrochene oder verwundete Beziehung soll wieder aufgenommen, geheilt werden, um miteinander die gemeinsame Zukunft zu gestalten. Ohne den erzchristlichen Dienst der Versöhnung wird ei-

KURZBIOGRAPHIE

Josef Homeyer, Dr. phil. (* 1929), war von 1983 bis 2004 Bischof von Hildesheim, 1989 bis 2006 Mitglied und Präsident der Kommission der europäischen Bischofskonferenzen, innerhalb der Deutschen Bischofskonferenz von 1986 bis 2004 Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, 1995 bis 2004 Mitglied der Kontaktgruppe der Polnischen und der Deutschen Bischofskonferenz, 1972 bis 1983 Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz; für seinen Dienst an der Aussöhnung mit Polen sowie für die Förderung der Beziehungen zu den orthodoxen Kirchen wurde er 2005 mit dem Edith-Stein-Preis ausgezeichnet.

ne zukunftsfähige Einigung Europas, wird das Zukunftsprojekt Europa nicht gelingen. Denn das ist es, was Europa zusammenhält: die Bereitschaft zu aufrichtiger Versöhnung mit all ihren Konsequenzen. Papst Benedikt XVI. formuliert es so: „Europa – ein Wort für Frieden und Versöhnung.“



Politik aus christlicher Verantwortung

Mariano Delgado/David Neuhold (Hg.): *Politik aus christlicher Verantwortung. Ein Ländervergleich Österreich-Schweiz*, Innsbruck: StudienVerlag 2008, 272 S., ISBN 978-3-7065-4549-5

Das Buch dokumentiert ein Symposium, das im Rahmen des Interdisziplinären Programms „Katholische Studien“ 2006 in Freiburg (CH) stattfand. Die Beiträ-

ge sind in Themenblöcke gegliedert: Einleitend skizziert Mariano Delgado (Freiburg) die politische und kirchliche Situation beider Länder im Blick auf das Generalthema, während David Neuhold (Freiburg) sie mittels einschlägiger statistischer Materialien vergleicht. In den folgenden Blöcken kommen jeweils Ver-

Buchbesprechungen

treter beider Länder zu Wort: Urs Andermatt (Freiburg) behandelt die Geschichte der Schweizer Christdemokraten, Ernst Hanisch (Salzburg) die des politischen Katholizismus in Österreich. Alfred Dubach (St. Gallen) und Leopold Neuhold (Graz) erörtern religionssoziologisch den religiösen und gesellschaft-

lichen Wandel der Länder. Hans Halter (Luzern) und Ingeborg Gabriel (Wien) gehen länderspezifisch der Frage nach, wie viel christliche Ethik die Politik verträge. Im Anschluss an die Erwartungen, die Bischof Ivo Führer (St. Gallen) als kirchlicher Amtsträger gegenüber christlicher Politik darlegt, äußern sich die Politiker Urs Schwaller, Fraktionsvorsitzender der CVP, und der frühere Vizekanzler Josef Riegler (ÖVP). Die kommunikationswissenschaftliche Seite der Thematik beleuchten Rolf Weibel, früherer Redaktionsleiter der Schweizer Kirchenzeitung, und Thomas A. Bauer (Wien). Das Verhältnis von Religion und Politik wird zeitgeschichtlich bzw. politikwissenschaftlich von Franziska Metzger (Freiburg) und Wolfgang Mantel (Graz) erörtert.

Die Beiträge sind durchwegs gediegen, informativ, sorgfältig ausgearbeitet und gut lesbar. In mehreren Fällen bieten reichhaltige Anmerkungen die Möglichkeit, sich eingehender mit dem jeweiligen Thema zu beschäftigen. Dennoch erfüllt das Buch nur zum Teil die Erwartung, die Titel und Untertitel wecken. Es fehlt der eigentliche Vergleich, der länderspezifische Dinge aufeinander bezieht, um Gemeinsames und Unterschiedliches zu bedenken und zu bewerten. Sieht man von den beiden einleitenden Texten ab, stehen die in sich durchwegs wertvollen CH- und A-Beiträge zumeist völlig beziehungslos, gewis-



sermaßen monologisch nebeneinander. Thematisch hätte man sich auch einen vergleichenden Blick auf aktuelle politische Inhalte gewünscht, etwa einen sozialetischen Vergleich der Sozialpolitik beider Länder, der auch die konkrete einschlägige Positionierung christlicher Parteien und Verbände kritisch aufzeigt, z. B. im Hinblick auf Gesundheitswesen, Altersversorgung, Arbeitslosigkeit, Migration oder Familie. Politik aus christlicher Verantwortung kreist ja nicht nur um Fristenlösung und Euthanasie.

Dieses Vergleichsdefizit wird dadurch verstärkt, dass einige, im Titel als landesspezifisch gekennzeichnete Beiträ-

ge ihr Thema so allgemein behandeln, dass sie den landesspezifischen Gesichtspunkt weitgehend ausblenden oder nur am Rande thematisieren. So erfährt man Gediegenes zu einer allgemeinen Theorie des religiösen und gesellschaftlichen Wandels, dabei aber sehr wenig über Ös-

allgemeine Kurzeinführung in die christliche Ethik mit einem überaus knappen Schweizbezug am Schluss, eine interessante allgemeine Erörterung des Verhältnisses von Religion und Politik, allerdings mit minimaler österreichischer Implementierung, eine gehaltvolle kommunikations- bzw. medientheoretische Erörterung mit wiederum eher peripheren Österreichaspekten.

Vermutlich gibt es nicht viele Wissenschaftler, welche die relevanten Gegebenheiten in den beiden kleinen Ländern so differenziert kennen, dass sie diese sowie die damit befasste Politik aus christlicher Verantwortung hinsichtlich spezieller Themen sozialetisch vergleichen können. Dabei wäre ein Vergleich der beiden, ihrem historischen Herkommen nach so verschiedenen Länder nicht nur für diese selbst reizvoll, interessant und lehrreich. Insofern könnte das in diesem Band dokumentierte Symposium ein verdienstvoller Beginn eines weiterführenden Forschungsdesiderats sein.

Arno Anzenbacher

Herausforderungen für den Wohlfahrtsstaat

Gøsta Esping-Andersen (avec Bruno Palier): *Trois leçons sur l'État-providence*, Paris: Le Seuil 2008, 135 Seiten, ISBN 978-2-02-097098-3 (EAN 978202-0970983)

Das europäische Sozialmodell ist seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts Gegenstand zahlreicher Schriften politischer und wissenschaftlicher Natur. Dabei wird in großer Regelmäßigkeit auf die Arbeiten von Gøsta Esping-Andersen und insbesondere auf

die 1990 vorgelegte Monographie „Three Worlds of Welfare Capitalism“ Bezug genommen¹. Darin begründete der heute in Barcelona lehrende dänische Soziologe Esping-Andersen die Differenzierung von drei Modellen wohlfahrtsstaatlicher Organisation, die auch auf die Interpretation des europäischen Sozialmodells Anwendung fanden. Neben einem skandinavisch-sozialdemokratischen un-

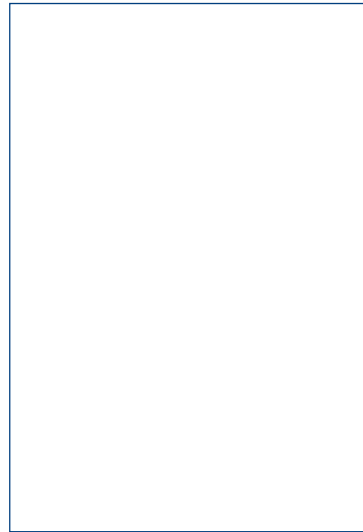
terschied er einen angelsächsisch-liberalen und einen auf dem kontinentalen Europa beheimateten konservativ-korporatistischen Typus und variierte damit die von dem Franzosen Michel Albert entwickelte Alternative von rheinischem und angelsächsischem Kapitalismus. Gøsta Esping-Anderson, der in den Folgejahren zum gefragten Berater internationaler Organisationen wurde, hat nun

¹ Zu Lebenslauf und Bibliographie von Esping-Andersen siehe seine persönliche Web-Seite: <http://www.esping-andersen.com>.



im Frühjahr 2008 gemeinsam mit dem französischen Sozialwissenschaftler Bruno Palier unter dem Titel „Trois leçons sur l'État-providence“ einen politischen Essayband vorgelegt, in dem er sich die Aufgabe stellt, für das durch ökonomische Globalisierung und demographische Alterung besonders anfällige konservativ-korporatistische Modell eine Neuorientierung zu entwickeln. In seiner Einleitung stellt Bruno Palier die drei großen Herausforderungen vor, denen sich der Wohlfahrtsstaat des XXI. Jahrhunderts zu stellen habe. Diese seien die effektive Gleichstellung der Frauen, mehr Chancengleichheit für Kinder und die Lösung der Rentenfrage im Sinne größerer intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit, und die von Esping-Andersen in drei Kapiteln angebotenen Orientierungen, der „gemeinsame neue Horizont für die Reform des Sozialschutzes“ in Europa.

Ausgangspunkt des ersten Kapitels ist der gewandelte Platz der Frauen in der Gesellschaft. Größere Autonomie der Frauen habe aber auch eine größere Instabilität der Paare und der Familien bewirkt mit negativen Konsequenzen besonders für Kinder und allein erziehende Eltern. Hier sei es Aufgabe des Staates gegenzusteuern, denn „die Familie (bleibe) eine Schlüsselinstitution der Gesellschaft und es müssten Politiken entwickelt werden, um sie zu unterstützen.“ Bevorzugte Instrumente sind dabei für Esping-Anderson Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Bereitstellung qualitativ hoch stehender Betreuungsangebote für Kinder sowie eine Feminisierung maskuliner Biographien, worunter eine stärkere Einbeziehung der Männer in Kinderbetreuung und Haushalt zu verstehen



ist. Er unterstreicht weiterhin die Rolle von „katholischen und protestantischen Vereinen für die Bereitstellung sozialer Dienste in einigen Ländern“.

Im zweiten Kapitel geht es dann um Chancengleichheit für Kinder. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass es den modernen Sozialstaaten nicht gelungen ist, die Verbindung von sozialem Herkommen und den einem Kind offen stehenden Möglichkeiten zu kappen. Die kognitiven Möglichkeiten eines Kindes würden in der ersten Lebensphase festgelegt, deshalb sei es nötig, sich mehr für die Familien als die klassische Bildungspolitik zu interessieren. Ein hohes Bildungsniveau für möglichst breite Schichten sei aber die Voraussetzung für die künftige Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaates. Die Frage von Esping-Andersen lautet dann: „Wie kann den Familien geholfen werden, mehr in ihre Kinder zu investieren?“ Seine Antwort besteht in einer Politik, die einen bezahlten Elternurlaub im

ersten Lebensjahr des Kindes mit qualifizierten und bezahlbaren Betreuungseinrichtungen verbindet, um die Vorbereitung aller Kinder auf die Schule zu homogenisieren.

Die dritte ‚Lektion‘ ist „Altern und Fairness“ überschrieben. In ihr legt der Autor den Akzent auf die Feststellung, dass die Sicherheit der Renten von 2050 nicht allein von sicher nötigen Reformen der Alterssicherungssysteme abhängt, sondern mindestens ebenso von der Qualität, Quantität und Verteilung des Produktivvermögens. Hier sei für Europa erneut ein hoher allgemeiner Bildungsstand ausschlaggebend. Eine gute Rentenpolitik beginne bei den Babys und der Aufmerksamkeit und Zuwendung, die ihnen entgegen gebracht werden, so die plakative These.

Die Faszination des Essays ergibt sich für die der katholischen Sozialethik verbundenen Leser nicht so sehr in der Beschreibung der Herausforderungen für den modernen Wohlfahrtsstaat, sondern in den Antworten des profilierten Ratgebers sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien in ganz Europa, die eigentlich nur eine Antwort sind. Sie lautet: Die beste Sozialpolitik von morgen ist intelligente Familienpolitik. Die Wiederentdeckung der Familie darf indessen nicht zur staatlichen Besetzung des geschützten Raums Familie werden. Darin liegt eine Gefahr, doch dass das Ende der Familie heute nicht mehr gefordert sondern gefürchtet wird, ist zunächst einmal eine gute Nachricht. Danach drängt sich die Frage auf, ob nicht ein vergleichbarer Konsens auch bei der Bewertung des Niedergangs der Ehe als eine auf Dauer angelegte und für Kinder offene Institution erzielt werden könnte.

Stefan Lunte



Gutes Leben durch die Wirtschaft?

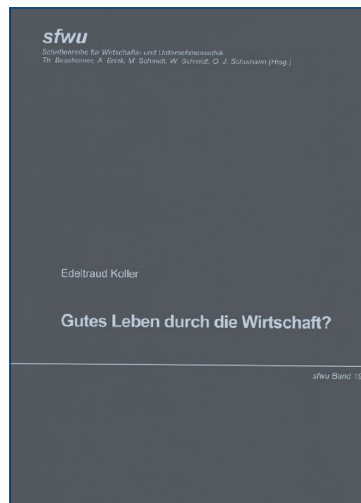
Koller, Edeltraud: Gutes Leben durch die Wirtschaft? Eine theologisch-ethische Kritik der Dominanz der Ökonomie vom ‚ökonomischen Sachzwang‘

auf die menschliche Orientierung und Sinnerfahrung (Schriftenreihe für Wirtschafts- und Unternehmensethik 19), München/Mering: Rainer Hampp Verlag 2008, 348 S., ISBN 978-3-86618-242-4

Das von der an der Katholisch-Theologischen Privatuniversität Linz tätigen Ökonomin und Theologin Koller verfasste Buch stellt die Druckfassung einer Dissertation für das Fach Moraltheo-



logie dar. Zentral wird darin auf sachkundige Art und Weise der Frage nach der Sinnstiftungs- und Orientierungsfunktion unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems nachgegangen. Das Paradigma, mit dem K. an die Analyse der Gesamtgesellschaft herangeht, ist die Luhmannsche Systemtheorie. Demgemäß kommt der Ökonomie als Teilsystem die soziale Funktion der Bedürfnisbefriedigung unter Bedingungen der Knappheit zu. Abweichend von Luhmann legt die Autorin aber großen Wert auf die Unterscheidung zwischen manifesten und latenten Funktionen. Es ist nun durchaus als latente Funktion der Wirtschaft zu erkennen, zur Bewältigung von Kontingenzen durch Orientierungs- und Sinnstiftungsleistungen beizutragen. Das bedeutet, dass Wirtschaft ihre zunächst systemimmanenten Werte in andere Lebensbereiche exportiert. Die Frage, warum dies gerade der Wirtschaft in so umfassendem Maße gelingt, hätte m. E. einer etwas fundierteren Klärung bedurft. Jedenfalls erlangen ökonomische Kategorien und Gesetzmäßigkeiten eine Bedeutung für das Leben der Menschen, die ihnen eigentlich nicht zukommt oder zukommen sollte. K. geht also nicht so weit, zu sagen, kapitalistische Marktwirtschaft sei eine Religion, wohl aber zeigt sie, dass Wirtschaft religiöse Funktionselemente enthält. Daraus ergibt sich eine Art ökonomischer Imperialismus, bei dem allerdings entscheidend ist, "dass nicht nur die Wirtschaft als Gesamtsystem als vorherrschend zu betrachten ist, sondern insbesondere die ökonomische Rationalität als dominierendes Denkmodell zu gelten hat" (122). Diese Rationalität zeigt sich etwa in der Verallgemeinerung von Werten wie Flexibilität, Ungebundenheit, Risikobereitschaft und Effizienz. Auf über 60 Seiten expliziert die Autorin diesen Gedanken nun am Beispiel des ökonomischen Sachzwangs, der gleichsam als universalisierte Zweckrationalität der Ökonomie zu verstehen ist und als soziale Realität wirkt; unabhängig davon, ob nun ein sachlicher Zwang vorliegt oder nicht. Die Logik bzw. erkenntnistheoretische Berechtigung der Rede



von Sachzwängen analysiert die Autorin mit Hilfe der Unterscheidung zwischen Erster- und Dritter-Person-Perspektive. Das führt sie zum Ergebnis, dass aus der Dritten-Person-Perspektive und gleichsam retrospektiv von Zwängen im Sinne einer Gesetzmäßigkeit gesprochen werden kann, dass die Erste-Person-Perspektive, insbesondere wenn es um den planenden Blick in die Zukunft geht, hingegen immer auch Freiheit der Entscheidung zu erkennen vermag. Damit wird dem Argument einer determinierenden ökonomischen Logik die Spitze gebrochen und festgehalten, dass der Sachzwang weniger von der Sache der Wirtschaft selbst ausgeht, „als vielmehr vom sozialen Konsens, die ökonomische Rationalität als dominierend anzusehen“ (161), wodurch diese als Begründungsmodell für Entscheidungen und als Immunisierungsstrategie tauglich wird. Dem kann m. E. nur zugestimmt werden. Ob die Argumentationsfigur der unterschiedlichen Perspektiven hier aber das überzeugendste Instrumentarium darstellt, ist für mich ein wenig fraglich. Denn einerseits schränkt gerade der soziale Konsens die subjektiv wahrgenommene Freiheit immer wieder ein, andererseits kommt aufgrund der gewählten Begrifflichkeit die für sittliche Entscheidungsfindung so zentrale Zweite-Person-Perspektive des mich in Anspruch nehmenden personalen Gegenübers nur

ganz am Rande zur Sprache. Dort wo K. explizit christlichen Glauben und Theologie in die Debatte einbringt, bezieht sie sich zunächst stark auf die autonome Moral Alfons Auers, um die Stellung der Offenbarung im ethischen Diskurs zu klären. Mir scheint allerdings, dass sie – wie übrigens auch Auer selbst – letztlich mehr denn Kritik, Motivation und Integration aus der biblischen Botschaft zu schöpfen vermag. Dies zeigt sich an biblischen Motiven wie Sabbatgebot, Gütergemeinschaft der christlichen Urgemeinde oder Speisungen des Volkes im Alten wie im Neuen Testament. Der Wechsel etwa von einem Konzept der Konkurrenz fordernden und fördernden Knappheit zu einem Konzept grundsätzlicher Fülle, das Teilen ermöglicht, setzt eine konkrete Welt- und Gotteserfahrung voraus, die die Eigenlogik des ökonomischen Systems mit einem eigenständigen materiaethischen Element konfrontiert. K. gewinnt aus den genannten biblischen Motiven denn auch durchaus inhaltliche Impulse für eine Wirtschaftsethik, die ihren gemeinsamen Nenner darin haben, dass Transzendenzorientierung des Menschen eine Verabsolutierung der Ökonomie und ihrer Logik verunmöglicht und vor dieser bewahrt. Denn nur „eine Existenz, die sich nicht rein innerweltlich definiert, bildet eine sichere Basis dafür, die Paradigmatisierung der Gesellschaft und des eigenen Lebens durch die ökonomische Vernunft im praktischen Lebensvollzug als *begrenzte* Orientierung betrachten zu können“ (276). Wenngleich ich persönlich im Hinblick auf einzelne Autoren oder auch Referenzautoren eine andere Wahl getroffen hätte, stellt das Buch in seiner Gesamtheit einen überaus klaren und lesenswerten Text dar, der in der Auseinandersetzung um das Thema einer unausweichlichen und uns keine andere Wahl lassenden ökonomischen Logik durchaus hilfreich sein kann. Wir haben es hier also mit einer zweifellos überdurchschnittlichen Dissertationsschrift zu tun, die Rezeption verdient.

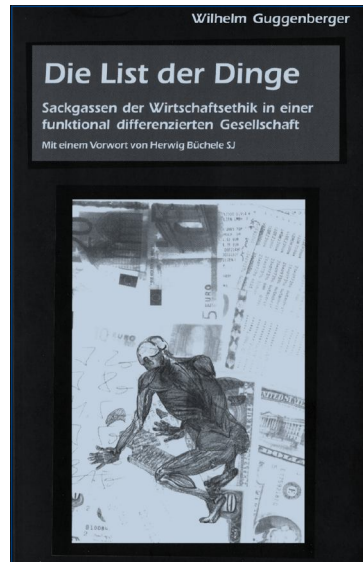
Wilhelm Guggenberger

Sackgassen der Wirtschaftsethik

Wilhelm Guggenberger: *Die List der Dinge. Sackgassen der Wirtschaftsethik in einer funktional differenzierten Gesellschaft (Beiträge zur mimetischen Theorie, Bd. 22), Wien: Lit Verlag 2007, 465 S., ISBN 978-3-7000-0557-5 (Österreich), 978-3-8258-9937-0 (Deutschland)*

In der vorliegenden Habilitationsschrift des Innsbrucker Dozenten für Christliche Gesellschaftslehre geht es zunächst um eine kritische Auseinandersetzung mit der Wirtschaftsethik von Karl Homann (München). Allerdings ist die Arbeit so angelegt, dass die Homannkritik einen umfassenderen Zusammenhang illustriert, der einerseits die aktuelle sozialwissenschaftliche Theoriebildung und andererseits die lebensweltliche Situation der Gesellschaft erörtert. In der Rekonstruktion dieses Zusammenhangs greift Guggenberger auf Thomas Hobbes, Adam Smith und Max Weber zurück und schildert seine gegenwartsrelevante Gestaltung, indem er sich besonders auf Niklas Luhmann, James Buchanan, Friedrich August von Hayek und Helmut Willke bezieht. An Homanns systemtheoretisch bedingtem Ökonomiekonzept soll gezeigt werden, wie sich Moral und damit Humanität tendenziell innerhalb der gesamten sozialen Interaktion in der Immanenz teilsystemischer Selbstreferenzen auflösen. Aus dieser „Sackgasse“ sucht Guggenberger einen Ausweg.

Die Arbeit, die nach einem Vorwort von Herwig Büchele eine Standortbestimmung und sechs Kapitel umfasst, lässt sich in zwei große Teile gliedern. Im ersten, der bis zum vierten Kapitel reicht, geht es im Kontext der Systemtheorie und ihrer Genese um die Darstellung und die (vor allem immanent-kritische) Erörterung der Wirtschaftsethik Homanns. Der zweite Teil, der die beiden letzten Kapitel umfasst, setzt sich kritisch mit dem Ausdifferenzierungsmodell als solchem und damit auch mit Homann auseinander und sucht Alternativen zu



dessen sozialetisch fragwürdigen Konsequenzen.

Die Qualität der ersten vier Kapitel beeindruckt nicht in erster Linie durch neue Forschungsergebnisse; die erörterten Fragestellungen sind seit längerem Thema der einschlägigen Diskurse. Sie besteht vielmehr in der außerordentlich präzisen, differenzierten, systematisch dichten sowie sprachlich klaren Vermittlung, die sich durch souveräne Sach- und Literaturkenntnis auszeichnet. Die Lektüre ist nicht nur informativ, sondern auch spannend. Die Konstellation der funktional differenzierten Gesellschaft und deren theoretische Reflexion kommen in einer Weise zur Darstellung, die sowohl deren historische Genese als auch deren aktuelle Entfaltung originell erschließt. Die gediegene Auseinandersetzung mit Homann ist darin als Illustration und Konkretisierung eingebettet. Besonders hervorzuheben ist die vorzügliche Schilderung, wie sich Homanns politisch in der Rahmenordnung verortete Ethik in einer „Kaskade verschobener Verantwortung“ verflüchtigen muss, wenn die teilsystemische Selbstreferenz der Politik sowie jene der politikberatenden Wissenschaft letztlich von der glei-

chen Ökonomik egoistisch-rational codierter Kommunikation geprägt sind wie die der Wirtschaft (181–247). Dieser erste Teil der Arbeit ist eine ausgezeichnete und im gegebenen begrenzten Rahmen durchaus umfassende Einführung in diese so eminent aktuelle Fragestellung.

Die kritische Auseinandersetzung mit dem systemtheoretischen Selbstreferenzmodell rekurriert im fünften Kapitel auf die mimetische Theorie von René Girard. Die fächerübergreifende Bezugnahme auf diese Theorie ist seit einiger Zeit eine fast schulbildende Besonderheit der Innsbrucker Theologischen Fakultät. Guggenberger charakterisiert im Anschluss an Girard und andere Positionen die in der Autopoiese autonomer Teilsysteme gewissermaßen mechanisierte Gesellschaft als das Resultat einer Genese, die letztlich zurückverweist auf eine anthropologisch relevante, archaische, tiefenstrukturell angelegte und Gewalt erzeugende Konstellation. Das historische Bestreben der Kultur, die permanent drohende Gewalteskalation strukturell einzudämmen, um wenigstens im Binnenbereich der Gesellschaft Pazifizierung zu ermöglichen, führte nach mehreren epochalen Strategien schließlich zur aktuellen ausdifferenzierten Systemgesellschaft. Guggenberger

iktmindernde Potenz, fragt aber, ob der damit verbundene Humanitätsverlust, der sich in der systemischen Eliminierung der Ethik und im Entstehen eines personfremden Superorganismus zeigt, dafür nicht doch ein zu hoher Preis sei.

Im abschließenden sechsten Kapitel geht es um alternative Möglichkeiten, Ethik humanisierend in die selbstreferentiell ausdifferenzierte Gesellschaft und ihre Wirtschaft zu investieren. Guggenberger verweist zunächst auf das weite Feld der „unvollständigen Verträge“, das vielfältige Spielräume moralischer Gestaltung bietet. Dazu kommt das Initiieren kooperativen Verhaltens über die Strategie der Gegenseitigkeit hinaus durch sich einschlägig engagierende moralisch motivierte Gruppen. Dabei setzt die Bereitschaft zu einer kalkulierten Vorleistung, welche die egoistisch-rati-

onal bestimmte systemische Selbstreferenz durchbrechen möchte, eine Gesinnung voraus, die sich besonders durch das letztlich religiös fundierte „Konzept der Gabe“ charakterisieren lässt, das in der Gewissheit grundlegend unverdienten Beschenktseins gründet. Diese Logik der Gabe bzw. der Vorleistung bietet die Möglichkeit, sich in einer ökonomisch geprägten Welt gegen die scheinbaren Sachzwänge der Ökonomik zu stellen, sie zu unterlaufen und so Humanität ins Spiel zu bringen.

Zwei kritische Anmerkungen zu diesem wertvollen und engagiert geschriebenen Buch: (1) Vielleicht hätte der Autor sein Ethikverständnis etwas mehr differenzieren sollen; es bleibt ziemlich unklar. Man denke etwa an Peter Ulrich, der seiner integrativen Wirtschaftsethik einen differenzierten Ethikbegriff zugrunde legt. Vor allem: Wie ist die materiale Vermittlung des moralisch bzw. sozialetisch Gesollten methodisch zu denken? Der formale Transzendenzbezug (36–43) gibt darauf noch keine Antwort. (2) Homann verortet die Ethik in der politisch zu gestaltenden Rahmenordnung. Guggenberger zeigt brillant, wie sich die Ethik dort unter Homanns Voraussetzungen verflüchtigt, bestreitet aber nicht die Relevanz der Rahmenordnung. Warum geht er im sechsten Kapitel nicht auf die sozialetische Bedeutung der Rahmenordnung und der für sie verantwortlichen demokratischen Politik ein? Ist Humanisierung wirklich nur von kleinen Gruppen zu erwarten sowie von Leuten, die Spielräume unvollständiger Verträge moralisch füllen und gläubig vorleistend die Logik der Gabe praktizieren? Im aristotelischen Erbe der katholischen Soziallehre kommt der als moralisch relevante Praxis verstandenen Politik zentrale Bedeutung zu. Gerade die aktuelle Finanzkrise demonstriert deren Renaissance. Überlässt Guggenberger mit Homann die Politik der Ökonomik? Doch wohl nicht.

Arno Anzenbacher



Gesellschaftliches Leitbild Familie

Bayerl, Marion: Die Familie als gesellschaftliches Leitbild. Ein Beitrag zur Familienethik aus theologisch-ethischer Sicht (Erfurter Theologische Studien Bd. 92), Würzburg: Echter Verlag 2006, 242 S., ISBN 978-3-429-02886-2

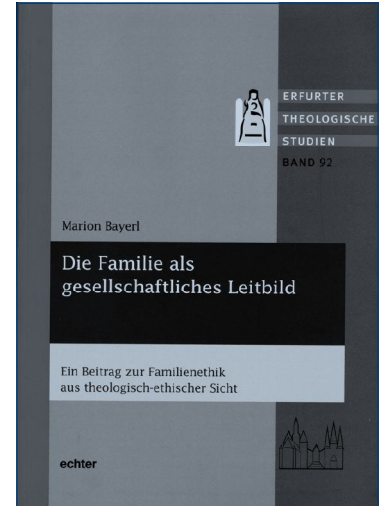
Der Veröffentlichung liegt die Dissertationsschrift der Verf. zugrunde, die an der Universität Erfurt im Fach Christliche Sozialwissenschaft eingereicht wurde. In ihrer Arbeit entwirft Marion Bayerl einen familienethischen Ansatz, in dem sie die bestehenden gesellschaftlichen und kirchlichen Leitbildvorstellungen über die Familie erhebt und auf der Grundlage dieser Analyse ein Konzept erarbeitet, das eine Integration von Leitbild und Handlungspraxis ermöglicht. Sie vertritt einen sozialetischen Ansatz, verhandelt somit nicht den Aspekt individueller Verantwortung für eine gelungene Lebensführung im Rahmen von Partnerschaft und Familie, sondern stellt aus sozialetischer Perspektive die Frage nach gesellschaftlichen Strukturen, in denen sich Familienleben vollzieht.

Die folgenden Ausführungen sind nicht an der Systematik orientiert, die die Verf. bei der Behandlung des Stoffes vorgibt, sondern in drei Abschnitte gliedert, in denen sich nach Ansicht der Rezensentin die behandelte Materie in Kürze darstellen lässt.

(1) Ist-Analyse

a) Familien in Deutschland

Im Rahmen einer Situationsbeschreibung skizziert die Verf. die Situation von Familien in Deutschland (21–106). Im Hinblick auf die Pluralität der Gesellschaft weist sie Familie als vielfältiges Phänomen aus. Neben den bestehenden Lebensformen werden die mit ihrem Zerbrechen verbundenen Schattenseiten wie Trennungen und Scheidungen sowie deren Auswirkungen auf die Familienmitglieder dokumentiert. Genannt werden weiter die gesellschaftlichen Säulen, auf denen die Organisation von Familie



in Deutschland beruhe: zum einen die in geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung organisierte Familienarbeit, zum zweiten die das privat organisierte Engagement ankernden staatlichen Unterstützungsleistungen.

b) Familie als Leitbild

Neben der Lebenswirklichkeit der Familie erhebt die Verf. die mit der Institution der Familie verbundenen Leitbilder. Zum einen geht sie der Frage nach, ob Familie als *gesellschaftliches* Leitbild diene. Dabei sei grundlegend zu klären, ob Familie in einer Gesellschaft wie der deutschen, die verstärkt das Individuum in den Mittelpunkt rücke, überhaupt ein Leitbild darstelle. Im Rekurs auf Studien, in denen in der Gesellschaft bestehende Erwartungen und Bewertungen in Bezug auf mögliche Lebensweisen erhoben wurden, zeigt die Verf., dass Familie ungebrochen Leitbildfunktion übernehme (30–35).

In der Untersuchung des Gehalts des Leitbilds im Bereich der Kirche nähert sich die Verf. partikularen Vorstellungen über Familie (3–20). Sie arbeitet das in den Dokumenten des II. Vatikanischen Konzils und dem von Papst Johannes Paul II. 1981 veröffentlichten Apostolischen Schreiben *Familiaris Consortio* enthal-



tene Familienleitbild heraus. Das Institut der Familie beruhe auf einer dauerhaften ehelichen Bindung zwischen zwei gleichrangigen Partnern unterschiedlichen Geschlechts, die offen seien für Kinder. Die Familie stelle eine gesellschaftlich verwurzelte Entität dar, dadurch begründe sich zum einen die Verantwortung gesellschaftlicher Akteure für den Schutz der Familie, zum anderen die an die Familien gerichtete Forderung, sich nicht gegenüber der Gesellschaft abzugrenzen, sondern am geistigen und sozialen Leben teilzunehmen. Über diese Deutung der irdischen Wirklichkeit von Familie hinaus wiesen die kirchlichen Dokumente auf die sakramentale Dimension von Ehe und Familie hin.

c) Interdependenzen zwischen Familie und Sozialkapital

Im dritten Hauptteil des Werkes arbeitet die Verf. den Zusammenhang zwischen Familie und gesellschaftlichem Sozialkapital heraus (107–182). Unter dem Begriff des Sozialkapitals fasst sie „die Gesamtheit sozialer Verhaltensmuster sowie formeller und informeller Netzwerke der Gesellschaft, die dazu beitragen, soziale Interaktionsprobleme zu lösen und den Nutzen sozialer Kooperationen dauerhaft zu stabilisieren“ (119). Der Einfluss der Familie sei nicht auf das durch Beziehungsarbeit gepflegte Sozialkapital im innerfamiliären Bereich zu reduzieren, sondern erstrecke sich aus dem Binnenbereich heraus in Gesellschaft und Kirche. Als familialer Beitrag seien unter anderem die Geburt, Erziehung und Pflege von Kindern zu nennen, aber auch der solidarische Beitrag von Familien zu einem generationenübergreifenden Miteinander (143–144). Neben der Frage der Bedeutung von Familie für das Sozialkapital sei umgekehrt relevant, wie das gesellschaftliche Sozialkapital der Förderung der Familie diene (147–179). Dabei stellt die Verf. vor allem auf den familienfördernden Nutzen von Vertrauen, gesellschaftlich verankerten Werten, Kooperationen und Netzwerken ab.

(2) Normative Überlegungen

Die normativen Überlegungen der Verf. vollziehen sich auf zwei Ebenen. Zum einen stellt sie die Frage nach familiengerechten Strukturen, sucht also nach verallgemeinerbaren Aussagen darüber, was in Bezug auf Familie als richtig zu gelten habe und gesamtgesellschaftliche Relevanz aufweise. Dabei weist sie vor allem die Geschlechtergerechtigkeit und Chancengerechtigkeit als dominierende Gerechtigkeitskonzepte im Rahmen einer Familienethik aus. Eine familiengerechte Gesellschaft müsse auf vier Ziele hinwirken (183–215): Die Organisation und Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit müssten Eltern frei gestalten dürfen. Es müsse finanzielle Gerechtigkeit herrschen, Familiengründung dürfe kein Armutsrisiko sein. Im Hinblick auf die Verwirklichung geschlechtergerechter Verhältnisse seien Männer verstärkt in die Familienarbeit einzubinden und es seien Wege zu finden, den Bereich der Erwerbsarbeit familienfreundlicher zu gestalten. Daneben nimmt die Verf. zum zweiten Bezug auf *partikulares Ethos*. Vor dem Hintergrund ihrer eigenen fachlichen Verortung in der katholischen Sozialethik greift sie auf den Bestand partikularer Vorstellungen des guten Lebens zurück, der in kirchlichen Dokumenten enthalten ist, erarbeitet vor diesem Hintergrund nicht verallgemeinerbare, aber im kirchlichen Bereich vorherrschende Vorstellungen guten Familienlebens. Dabei gelingt es, die Gefahr einer Verallgemeinerung partikularer Vorstellungen zu umgehen. Vielmehr spricht sich die Verf. für eine Gesellschaftsordnung aus, in der universalisierbare Gerechtigkeitsforderungen umgesetzt würden, zugleich aber die Freiheit des Individuums gewahrt werde, partikuläre Vorstellungen in eigenen Lebensentwürfen zu verfolgen. Die Wahlfreiheit der Eltern bei der Organisation des Familienmanagements spielt vor diesem Hintergrund eine große Rolle (184–190).

(3) Konzepte zur Umsetzung des Leitbilds

Im Hinblick auf die Herstellung von Familiengerechtigkeit fragt die Verf., welche strukturellen Voraussetzungen bestehen müssten, damit Familienleben unter den Bedingungen der modernen Gesellschaft gelingen könne. Als Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen, nennt die Verf. Instrumente wie die Elternversicherung, einer im „Risikofall“ der Elternschaft in Form eines Gehalts ausgezahlten Prämie (217–218), sie plädiert für die

Beispiel Bonuszahlungen bei der Übernahme von Familienarbeit, um vor allem Männer zur Beteiligung an der Familienarbeit zu bewegen (218–220). Durch Anrechnung der Erziehungszeit bei der Rentenversicherung werde die Benachteiligung von Familienarbeitenden in Bezug auf den Rentenanspruch vermieden, zugleich deren Beitrag zur Sicherung des Generationenvertrags anerkannt (220–222). Als Instrumente innerhalb einer familienfreundlichen Arbeitswelt werden ein ausreichendes Kinderbetreuungsangebot, eine gerechte Familienbesteuerung sowie Maßnahmen der Familienbildung erwähnt (222–232).

Mit ihrem Entwurf einer modernen Familienethik gelingt es Bayerl, universelle Gerechtigkeitsforderungen und kirchliches Familienethos zu vereinen, ohne die Grenzen der beiden Bereiche zu verletzen. Ihr Zugang erweist sich daher über den der Theologie hinaus als anknüpfungsfähig. Dadurch dass sie die theoretischen Überlegungen in einen praktischen Ansatz überführt, stellt sie politischen und kirchlichen Akteuren konkrete Handlungsanweisungen bereit. Eine Randbemerkung: Einladend wirkt überdies, dass die Ausführungen gut strukturiert, der Text übersichtlich gegliedert, die Sätze präzise und klar formuliert sind. Zur Leserfreundlichkeit trägt bei, dass jedem Kapitel ein „Zwischenfazit“ folgt, in dem kurz und prägnant die Kernaussagen des Vorangegangenen wiedergegeben werden.

Judith Hahn